

Erklärung von Willi Stoph (Erfurt, 19. März 1970)

Quelle: Erfurt 19. März 1970, Eine Dokumentation. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1970. 120 S. p. 15-44.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_willi_stoph_erfurt_19_marz_1970-de-59f20b6c-e224-40aa-86e6-2226fd201c45.html

Publication date: 02/07/2015

Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR beim Treffen mit dem Bundeskanzler in Erfurt (19. März 1970)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Erlauben Sie, daß ich diese Zusammenkunft eröffne und Sie sowie Ihre Begleitung in der Deutschen Demokratischen Republik begrüße. Ich möchte meiner Genugtuung Ausdruck geben, daß Sie meiner Einladung gefolgt sind. Leider konnte unser Treffen nicht in der Hauptstadt der DDR, Berlin, stattfinden, obwohl das ursprünglich so vereinbart war. Sie kennen die Ursachen und auch unseren wohlbegründeten Standpunkt dazu.

Unsere Begegnung ist zweifellos ein Ereignis von politischer Tragweite. Zum erstenmal seit Bestehen der DDR und der BRD kommen ihre Regierungschefs zusammen, um Grundfragen der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden unabhängigen souveränen Staaten zu erörtern. Die Bürger der DDR und der BRD, alle Völker Europas verfolgen dieses Treffen mit verständlicher Aufmerksamkeit. Angesichts der Spannungen in Europa erwarten sie einen konstruktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens im Herzen unseres Kontinents.

Wir stimmen gewiß darin überein, Herr Bundeskanzler, daß wir im Interesse der Sache ganz offen miteinander reden, ohne etwas zu verniedlichen und ohne etwas zu verschweigen. Die Regierungen der Staaten, die Sie und ich hier vertreten, tragen eine große Verantwortung dafür, daß niemals wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Schließlich sind zwei furchtbare Weltkriege in diesem Jahrhundert von Regierungen des imperialistischen Deutschland verschuldet worden.

In wenigen Wochen jährt sich zum 25. Mal der Tag, da das Deutsche Reich, mit Blut und Eisen geschaffen, in Blut und Eisen unterging. Bis 5 Minuten nach 12 hatten die faschistischen Herrscher unter Opferung von Millionen Menschenleben und riesiger materieller Werte den für die Völker verheerendsten Krieg geführt und ihn dann ins eigene Land gezogen. Am Ende stand die Zerschlagung des Hitlerfaschismus, die bedingungslose Kapitulation der Generalität des deutschen Imperialismus, der Untergang des imperialistischen Deutschen Reiches und die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen. Aus der verhängnisvollen Politik des deutschen Imperialismus die Lehren zu ziehen und den Frieden dauerhaft zu sichern — das ist das menschlichste Anliegen, das die Regierungschefs der DDR und der BRD bewegen sollte. Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kann ich die Versicherung abgeben, daß wir uns dieser hohen Verantwortung voll bewußt sind und unsere gesamte Politik auf die Sicherung des Friedens gerichtet ist.

Von dieser Verantwortung ließ sich der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, leiten, als er dem Bundespräsidenten der BRD, Dr. Gustav Heinemann, am 17. Dezember 1969 den Entwurf eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter, nichtdiskriminierender, auf den Prinzipien des Völkerrechts beruhender Beziehungen zwischen der DDR und der BRD übersandte. Dieser Vertrag bietet die Möglichkeit, endlich ein Verhältnis echter Gleichberechtigung und friedlicher Koexistenz herzustellen.

Zahlreich und vielfältig waren in den verflossenen zwanzig Jahren die Initiativen der DDR für Verständigung und Friedenssicherung. Wir haben stets bedauert, daß diese unsere Politik bei allen bisherigen Regierungen der Bundesrepublik kein positives Echo fand, ja sogar von ihnen wiederholt brüsk zurückgewiesen wurde. Das geschah in der Annahme, daß die Bundesrepublik durch beschleunigte militärische Aufrüstung und durch Unterminierung der DDR ihr Ziel, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, erreichen könnte. Nachdem diese Politik gescheitert ist, erwarten wir heute, daß die allein verbliebene Möglichkeit, Beziehungen der friedlichen Koexistenz auf der Grundlage des Völkerrechts zwischen der DDR und der BRD herzustellen, genutzt und diese Chance nicht abermals vertan wird.

Jedermann weiß, Herr Bundeskanzler, daß wir hier nicht zur Regelung zweit- oder dritrangiger Fragen zusammengekommen sind. Es geht um die alles entscheidende Frage, im Interesse der europäischen Sicherheit, des friedlichen Lebens der Völker unserer Staaten eine Wende in den Beziehungen zwischen der

DDR und der BRD herbeizuführen.

Gegenwärtig sind die Beziehungen zwischen unseren Staaten völlig unnormal. Daraus ergeben sich ernste Gefahren. Auf der Tagesordnung steht also die dauerhafte grundsätzliche Regelung des Verhältnisses zwischen der DDR und der BRD. Sie kann nur in der Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung bestehen.

Auf seiten der DDR sind dafür alle Voraussetzungen gegeben. Wir erwarten — was unser Vertragsentwurf beweist — von der Regierung der BRD nicht mehr, als wir selbst zu tun bereit sind. Das ist eine Haltung echter Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung. Das Gerede, wonach es um die Kapitulation der einen oder anderen Seite gehe, ist also eine völlige Verdrehung des wahren Sachverhalts. Es geht auch nicht um Fragen des Prestiges. Es geht — lassen Sie mich das noch einmal unterstreichen — um das menschlichste Anliegen, um die Sicherung des Friedens. Diese Grundfrage läßt sich durch keinen Hinweis, man sollte alle Streitfragen ausklammern, umgehen.

Hindernisse und Barrieren, die im Dienste einer Politik errichtet wurden, die den Status quo und die europäischen Grenzen verändern will und die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren trachtet, müssen aus dem Wege geräumt werden. Das betrifft ohne Zweifel die Politik der Bundesrepublik, die über mehr als zwei Jahrzehnte von den Kräften der Restauration und Revanche unter Führung der CDU/CSU geprägt wurde.

Den Regierungswechsel, der zur Verdrängung der CDU/CSU führte, betrachten wir als Ausdruck des Willens breiter Schichten der Bevölkerung der Bundesrepublik, eine Veränderung dieses politischen Kurses, eine Abkehr von der unrealistischen, friedensgefährdenden Politik der vergangenen zwanzig Jahre gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Staaten herbeizuführen. Es wäre zu wünschen, daß Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, diesem Willen Rechnung trägt. Oder soll stattdessen das gespannte Verhältnis zwischen unseren Staaten, das aus der Verweigerung gleichberechtigter völkerrechtlicher Beziehungen der BRD zur DDR resultiert, bestehen bleiben? Soll es so weitergehen wie unter Adenauer, der auf eine Politik der Stärke und des Rollback setzte und fast 17 Jahre lang gegen die DDR und ihre völkerrechtliche Anerkennung kämpfte? Wem könnte dies nutzen?

Auf keinen Fall den werktätigen Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik, auf keinen Fall den europäischen Völkern, die an Frieden und gesicherten Lebensverhältnissen interessiert sind. Aussicht auf Erfolg hat eine solche auf Revanche und Eroberung gerichtete Politik ohnehin nicht.

Es ist ja eindeutig und endgültig bewiesen, daß weder die Variante Adenauers zur gewaltsamen Beseitigung der DDR und ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnung, noch andere Varianten, die das gleiche Ziel anvisierten, zum Erfolg geführt haben.

Die Entwicklung der DDR zu einem modernen sozialistischen Staat war und ist nicht aufzuhalten. Wer die Dinge ohne antikommunistische Scheuklappen und illusionslos betrachtet, der weiß, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR im Volk fest verwurzelt ist. Die DDR ist in fester Freundschaft mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten verbunden. Alle Hoffnungen, den Sozialismus auf deutschem Boden rückgängig zu machen, haben sich als illusionär erwiesen. Was aber in den fünfziger und sechziger Jahren zum Scheitern verurteilt war, ist heute erst recht auf Sand gebaut.

Vor dem Bundestag haben Sie, Herr Bundeskanzler, eine bemerkenswerte Erkenntnis ausgesprochen. Sie haben erklärt: „Mit den Partnern des Warschauer Vertrages sind Regelungen nicht zu erreichen, wenn man nicht von der Notwendigkeit ausgeht, auch mit der DDR zu Regelungen auf dem Boden der Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung zu gelangen.“ Es würde doch dieser Erkenntnis entsprechen, wenn jetzt zwischen der BRD und der DDR normale völkerrechtliche, das heißt diplomatische Beziehungen hergestellt werden. Das würde den europäischen Interessen sowohl der DDR als auch der BRD entsprechen, denn beide Staaten bekämen damit eine Möglichkeit, ihre Beziehungen zu allen europäischen Staaten zu normalisieren.

Ich möchte nicht annehmen, daß Sie eine Politik fortführen wollen, die einzig und allein zur Verschärfung der Spannungen beigetragen und die Bundesrepublik zu einem Störfaktor für den Frieden in Europa gemacht hat. Diese äußerst gefährliche Politik war es ja gerade, an deren Erfolglosigkeit alle Ihre Vorgänger im Kanzleramt scheiterten. Sollten die alten Ziele lediglich mit neuen Formeln weiter angestrebt werden, so könnte das natürlich niemand als Fortschritt betrachten. Vielmehr würde die Bundesrepublik die neuralgische Zone auf unserem Kontinent bleiben. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD bliebe blockiert, und der Frieden in Mitteleuropa wäre permanent bedroht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat selbstverständlich zur Kenntnis genommen, daß Sie und andere Vertreter der Regierung der Bundesrepublik von der Existenz der DDR und der BRD als zweier souveräner, unabhängiger Staaten sprechen. Die logische Konsequenz daraus kann doch nur darin bestehen, daß zwischen der DDR und der BRD gleichberechtigte Beziehungen auf der Grundlage des Völkerrechts aufgenommen werden, die die friedliche Koexistenz der beiden Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ermöglichen.

In Ihrem Schreiben vom 22. Januar 1970 erklärten Sie, Sie seien bereit, Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung zu führen. Danach dürfte dem nichts entgegenstehen, daß sich die DDR und die BRD im Verhältnis zueinander als das anerkennen, was sie sind, nämlich als souveräne Subjekte des Völkerrechts. Wenn Sie sich selbst auf Prinzipien des Völkerrechts beziehen, Herr Bundeskanzler, dann verlangt das, daraus auch die notwendigen Schlußfolgerungen abzuleiten und die souveräne Gleichheit der DDR in einem völkerrechtlich gültigen Vertrag anzuerkennen. Damit würde Ihre Regierung dokumentieren, daß sie im Gegensatz zu den früheren Regierungen der BRD sich wirklich vom Ballast der Vergangenheit befreit und auf den Boden der Realitäten stellt.

Äußerungen prominenter Vertreter Ihrer Regierungskoalition habe ich entnommen, daß offenkundig die Einsicht an Boden gewinnt, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR sei letzten Endes doch nicht zu umgehen. Daran werden allerdings eigenartige Bemerkungen über einseitige Vorleistungen der DDR gegenüber der Bundesrepublik geknüpft. Es wird auf eine Änderung unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung spekuliert. So vernünftig Einsichten über die Unausweichlichkeit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR sind, so unsinnig ist es, sie — ich muß das so deutlich sagen — mit irgendwelchen konterrevolutionären Absichten zu verbinden. Für etwas Selbstverständliches, nämlich die Anerkennung der Grundprinzipien des Völkerrechts, zahlt man heutzutage keine Preise. Wer begriffen hat, daß der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR nicht auszuweichen ist, sollte die politische Weitsicht besitzen, sie unverzüglich in der gebührenden Form auszusprechen. Deshalb möchte ich Sie im Namen des Ministerrates der DDR fragen, ob Sie namens der Regierung der Bundesrepublik bereit sind, diesen Schritt zu gehen und in Verhandlungen über den Abschluß des Ihnen vorliegenden Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD einzutreten mit dem Ziel, einen solchen Vertrag möglichst bald zu unterzeichnen.

In der Bundesrepublik ist häufig das Argument zu hören, daß der Bundesregierung in ihren Beziehungen zur DDR durch die Pariser Verträge Beschränkungen auferlegt sind. Ich möchte mich hier einer Stellungnahme enthalten, inwieweit damit Fragen der Souveränität der Bundesrepublik angesprochen sind. Worum es der Regierung der DDR geht, ist die Frage, ob die sozialdemokratisch geführte Regierung der BRD beabsichtigt, zu einer selbständigen Politik zu kommen und in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ihre Souveränitätsrechte uneingeschränkt wahrzunehmen.

Wenn beide Seiten sich vom guten Willen leiten lassen und Ergebnisse im Interesse des Friedens und der Bürger unserer Staaten erzielt werden sollen, dann darf es keinen Widerspruch geben zwischen Wort und Tat. Leider kann ich nicht umhin, auf solche Widersprüche in der Politik der Regierung der Bundesrepublik hinzuweisen. Es kann uns nicht gleichgültig sein und erfüllt uns mit großer Sorge, daß Vertreter der Bundesrepublik öffentlich von Entspannung und geregelterm Nebeneinander reden, zur gleichen Zeit jedoch gefährliche militärische Pläne gegen die DDR und andere sozialistische Länder weiter entwickelt und vervollständigt werden.

In den Panzerschränken der Bundeswehrgeneralität und wohl auch Ihres Verteidigungsministers liegen — unter welchen Bezeichnungen auch immer — bis ins Detail ausgearbeitete Pläne der Vorwärtsstrategie gegen die sozialistischen Länder, insbesondere gegen die DDR, gegen ihre Städte und Dörfer und ihre Bürger.

Für diese eindeutig aggressiven Pläne wird der Rüstungsetat in der Bundesrepublik bekanntlich schneller erhöht als je zuvor, wird die atomare Rüstung trotz gegenteiliger Beteuerungen weiter vorangetrieben.

Wie lassen sich solche Tatsachen mit offiziellen Erklärungen über friedliche Absichten und gleichberechtigte Beziehungen zur DDR vereinbaren? Offenkundig betreiben einflußreiche Kreise in der Bundesrepublik, die übrigens stets das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt haben, auch heute ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Derartige Pläne und Handlungen häufen ständig neuen Zündstoff an und beschwören die Gefahr militärischer Konfliktsituationen herauf. Wenn der für die Bundeswehr zuständige Minister der Bundesrepublik, Herr Schmidt, die beschleunigte Aufrüstung betreibt, können die DDR und ihre Verbündeten dieser Entwicklung nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Es geht also — wie ich das in meinem Brief an Sie, Herr Bundeskanzler, klar ausgesprochen habe — im wahrsten Sinne des Wortes um Frieden oder Krieg. Sie haben öffentlich geantwortet, es gehe allein um Frieden. Es kann aber keinen gesicherten Frieden geben, solange nicht alle Zielsetzungen aufgegeben sind, die auf eine Änderung des territorialen Status quo und der europäischen Grenzen gerichtet sind. Die Regierung der DDR steht auf dem Standpunkt: Wer den Frieden sichern will, der muß alle Zündstoffe und Herde von Konflikten aus der Welt schaffen.

Davon kann solange nicht die Rede sein, solange der politisch-territoriale Status nicht eindeutig und vorbehaltlos anerkannt wird. Was soll man davon halten, wenn in der Bundesrepublik die völkerrechtliche Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges mit dem Hinweis auf das Fehlen eines Friedensvertrages verweigert wird? Es waren doch gerade die Regierungen der Bundesrepublik, die das Zustandekommen eines Friedensvertrages immer wieder hintertrieben haben. Wer sich heute unter Berufung auf einen Friedensvertrag, den man vorher selbst bewußt verhindert hat, weigert, die Grenzen von 1970 anzuerkennen, will sich lediglich einen Weg zur Veränderung dieser Grenzen offenhalten. Wie kann man nach dem Überfall Hitlers auf die Völker Europas, nach den Verbrechen des deutschen Imperialismus und Faschismus und nach der bedingungslosen Kapitulation auch noch irgendwelche „Rechtsansprüche“ gegenüber den überfallenen Völkern erheben?

Besteht etwa die Absicht, die Politik von Stresemann zu wiederholen, die darin bestand, einseitig das Bündnis mit den Westmächten zu festigen und bei Anerkennung der Grenzen im Westen die Grenzen im Osten offenzuhalten, wie das im Vertrag von Locarno geschah? Wie kann man die Vergangenheit bewältigen und dem Frieden dienen, wenn man wiederum Grenzforderungen erhebt, wie es die deutschen Imperialisten nach dem Ersten Weltkrieg taten und mit denen Hitler den Zweiten Weltkrieg auslöste? Die Völker Europas erwarten, daß die Bundesregierung die Grenzen in Europa völkerrechtlich verbindlich anerkennt und die Verpflichtung der Bundesrepublik ausspricht, weder heute noch in Zukunft Versuche zu ihrer Veränderung zu unternehmen. Wer nur erklärt, er wolle bei der Änderung der Grenzen keine Gewalt anwenden, nähert sich sehr den Thesen der Herren Strauß und Schröder, die dazu aufrufen, für eine Änderung der Grenzen mit sogenannten friedlichen Mitteln zu kämpfen — eine Taktik, mit der bereits Hitler seine Aggressionen vorbereitete.

Niemand kann ohne ernste Folgen die Erfahrungen der Geschichte mißachten. Die imperialistische Großmachtspolitik, die auf Veränderung der Grenzen abzielte, hat zweimal in einem Jahrhundert das deutsche Volk in blutige Kriege und Katastrophen gestürzt.

Unermeßlich waren die Leiden der überfallenen Völker. Wir Sozialisten haben gemeinsam mit vielen Antifaschisten aus allen politischen Lagern stets konsequent gegen Faschismus und Krieg gekämpft. Leider waren die antifaschistischen Kräfte nicht in der Lage, den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu verhindern. Aber nach der Niederlage des Hitlerfaschismus und dem Untergang des Deutschen Reiches haben die geeinte Arbeiterklasse und ihre Verbündeten im Gebiet der heutigen DDR die Chance für die Errichtung

einer neuen antiimperialistischen Ordnung genutzt.

Hier wurde das verwirklicht, was im Potsdamer Abkommen in Übereinstimmung mit den Interessen aller Völker rechtsgültig niedergelegt ist: die Beseitigung der Wurzeln von Militarismus, Nazismus und Krieg, die Entmachtung jener Konzerngewaltigen, die als Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler zu den Hauptschuldigen am Kriege gehörten, sowie die Festlegung gerechter Grenzen für die vom deutschen Faschismus überfallenen Nachbarvölker.

Nach der Ausschaltung des Großkapitals gibt es in der DDR niemanden mehr, der aus Rüstung und Krieg Profit ziehen könnte. Kriegspropaganda, Völkerverhetzung und Rassenhaß sind gesetzlich verboten. Bereits im Jahre 1950 beschloß die Volkskammer der DDR das Gesetz zum Schutze des Friedens, das Aggressionshandlungen, die Propagierung und Vorbereitung von Angriffskriegen unter Strafe stellt.

In der Deutschen Demokratischen Republik übt die Arbeiterklasse im Bunde mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und den Gewerbetreibenden die Staatsmacht aus. Die demokratischen Reformen, die seit dem Großen Deutschen Bauernkrieg auf der Tagesordnung standen und die auch in der bürgerlichen Revolution von 1848 unerfüllt blieben, haben wir in der DDR verwirklicht und sind danach zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft übergegangen. Durch die demokratische Bodenreform ist nicht nur jahrhundertaltes Unrecht an Bauern und Landarbeitern getilgt, sondern mit der Entmachtung der Junker zugleich eine Brutstätte des Militarismus beseitigt worden. Die ungerechten Bildungsprivilegien der früher herrschenden Klassen wurden gebrochen, der Ungeist des Chauvinismus und Nationalismus aus Schule und Hochschule für immer verbannt. Das waren entscheidende Voraussetzungen für unser heutiges modernes sozialistisches Bildungssystem.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik gestaltet das werktätige Volk in freier Selbstbestimmung die entwickelte sozialistische Gesellschaft. In freier Selbstbestimmung hat es mit überwältigender Mehrheit in einem demokratischen Volksentscheid seine sozialistische Verfassung beschlossen. Unser Staat, der alle Attribute eines Völkerrechtssubjekts besitzt, beruht auf der festgefühten Friedensordnung.

Als souveräner sozialistischer Staat haben wir mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ein dauerhaftes Bündnis geschlossen, das auf fester Freundschaft und auf der Gleichheit der Interessen beruht. Die DDR betreibt eine friedliche Außenpolitik und hat sich eben deshalb zu einem international geachteten Faktor des Friedens entwickelt.

Natürlich ist es vor allem Sache der Bürger der Bundesrepublik, die innere Entwicklung in ihrem Staat zu bewerten. Aber es gibt Aspekte und vor allem Auswirkungen dieser inneren Entwicklung in den letzten 25 Jahren, die auch außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik niemanden teilnahmslos lassen können. In Ihrem Lande selbst wird festgestellt, daß die Chancen nach 1945 ungenutzt geblieben sind, daß das Potsdamer Abkommen bewußt nicht erfüllt, die Vergangenheit nicht bewältigt wurde und die alten Machtverhältnisse weiterbestehen. Diese Restauration der Vergangenheit führte auf direktem Wege zur Spaltung. Damals wurde vom späteren ersten Präsidenten des westdeutschen Bundestages jenes bezeichnende Wort geprägt: „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.“ Um die alte Besitzstruktur zu retten oder wiederherzustellen und mit Hilfe der Politik der Stärke die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren, spaltete das westdeutsche Großkapital im Bunde mit den Westmächten Deutschland.

Wie allgemein bekannt ist, war es Bundeskanzler Adenauer, der offen zugab, ihm stehe die westeuropäische Integration höher als die Einheit der Nation. Das erklärte er wohlgerne, nachdem er selbst alles getan hatte, um die Nation zu zerstören. Bereits am 5. Oktober 1945 hatte Adenauer bekanntlich vor Pressevertretern die Absicht verkündet, sofort „aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden“. Durch die separate Währungsreform im Jahre 1948 erfolgte dann die wirtschaftliche Spaltung. Die westlichen Besatzungszonen wurden mit der Einführung der separaten Westmark vorsätzlich zum Devisenland gemacht. Ein Jahr später folgte mit der Bildung der Bundesrepublik die Gründung eines separaten Staates, wodurch die Zerreißung der Nation vollzogen wurde.

Wir haben stets versucht, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. In den 50er Jahren unterbreiteten die DDR und auch die Sowjetunion immer wieder konstruktive Vorschläge, die auf Verständigung und Friedenssicherung zielten und geeignet waren, den permanenten Spaltungskurs aufzuhalten. Eine große Chance bot der Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion vom März 1952.

Ich erinnere Sie daran, daß der heutige Bundespräsident der BRD, Herr Dr. Heinemann, am 25. März 1958 vor dem Bundestag in Bonn sehr nachdrücklich auf die Möglichkeiten hingewiesen hat, die sich aus dieser sowjetischen Initiative ergeben hätten. Aber auch diese Chance wurde durch die damalige Bundesregierung vertan. Unseren Warnungen zum Trotz und unter Mißachtung der besorgten Stimmen in Westdeutschland wurde die Einheit der Nation zerstört. Die einzige Partei in Westdeutschland, die gegen die Spaltung und gegen die Bildung des westdeutschen Separatstaates auftrat, war die Kommunistische Partei, die deshalb später widerrechtlich verboten wurde. Die Spaltung der Nation wurde durch die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, durch den Abschluß der Pariser Verträge im Jahre 1954 und durch die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO im Jahre 1955 zementiert. Durch die Unterschrift unter die Pariser Verträge und die Ablehnung aller unserer Vorschläge machte die von Adenauer geführte Bonner Regierung die Bundesrepublik selbst endgültig zum Ausland gegenüber der DDR.

Lassen Sie mich hier an die mahnenden Worte erinnern, die der damalige Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, am 29. Januar 1955 in der Frankfurter Paulskirche sprach: „Mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge“, so sagte er, „übernehmen wir in der Bundesrepublik zum ersten Mal in dieser entscheidenden und weittragenden Weise aus freiem Entschluß die Verantwortung für eine Außenpolitik, die die große Gefahr einer Versteinerung der Spaltung Deutschlands in sich birgt.“

Mit dem Erbe der von Erich Ollenhauer zutreffend charakterisierten Außenpolitik haben Sie, Herr Bundeskanzler, es heute zu tun. Die geschichtliche Wahrheit kann niemand vergessen machen: Nicht wir haben Deutschland gespalten; die Verantwortung liegt allein bei der Bundesrepublik und den Westmächten. Es ist daher haltlos, von einer „Einheit der Nation“ zu sprechen oder eine „Einheit der Nation“ wahren zu wollen, die von den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik aus Eigensucht preisgegeben wurde und die es deshalb seit zwei Jahrzehnten nicht mehr gibt.

Herr Bundeskanzler, Sie sprechen häufig von „innerdeutschen Beziehungen“, wenn Sie die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD meinen. Auch eines Ihrer Ministerien trägt ja diesen Namen. Nach der Spaltung und der Unterzeichnung der Pariser Verträge durch die Regierung der Bundesrepublik ist das jedoch absurd und verrät politische Absichten, die mit normalen, gleichberechtigten Beziehungen zwischen unseren Staaten nicht in Einklang zu bringen sind. Nachdem sich die Bundesrepublik — entgegen allen Warnungen — mit den Pariser Verträgen in das NATO-System integriert und sich damit gegenüber der DDR selbst zum Ausland erklärt hat, kann es keine innerdeutschen Beziehungen geben. Die Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik zu den Pariser Verträgen hatte nicht nur einen antinationalen, sondern darüber hinaus einen aggressiven imperialistischen Charakter. Erlauben Sie mir, auf den Artikel 2 des „Deutschland-Vertrages“ zu verweisen, in dem es ja bekanntlich heißt, daß die Westmächte alle von ihnen bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes behalten. Der Artikel 7 geht sogar noch weiter. Dort wird als Ziel verkündet, daß die DDR in das monopolkapitalistische Gesellschaftssystem der Bundesrepublik eingegliedert und in das westliche imperialistische Paktsystem integriert werden soll.

Wenn diese Verträge nach Ihren eigenen Erklärungen auch der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung zugrunde liegen, dann kann die Formel von den „innerdeutschen Beziehungen“ doch nur den Sinn haben, das imperialistische Herrschaftssystem der Bundesrepublik auf die DDR auszudehnen und die DDR in den NATO-Pakt einzugliedern.

Genauso unhaltbar ist die in der Bundesrepublik verbreitete These von einer Vier-Mächte-Verantwortung auch für die DDR und ihre Hauptstadt Berlin. Was die DDR betrifft — davon kann man sich an Hand unserer Verfassung und an Hand diesbezüglicher von der DDR abgeschlossener völkerrechtlicher Verträge unschwer überzeugen —, so untersteht sie weder einer Vier-, noch einer Drei-Mächte-Zuständigkeit. Die DDR ist ein unabhängiger souveräner sozialistischer Staat.

In der Formel von „besonderen innerdeutschen Beziehungen“ ist der alte Anspruch enthalten, die DDR einem Vormundschaftsverhältnis zu unterwerfen.

Solche Konstruktionen, die im Widerspruch zu den Realitäten stehen, sollen nur dazu dienen, die alte Alleinvertretungsanmaßung in abgewandelter Form aufrechtzuerhalten und die Diskriminierung der DDR mit anderen Methoden fortsetzen. Sie werden verstehen, daß das für uns völlig unannehmbar und kein Verhandlungsgegenstand ist.

Wir muten Ihnen eine derartige Behandlung auch nicht zu. Es wäre besser, Sie würden solche Versuche auch uns gegenüber unterlassen.

Ich möchte außerdem an folgendes erinnern: Solange die Bundesrepublik noch nicht in die NATO integriert war und es noch keine Wiederaufrüstung gab, haben wir Vorschläge für einen Friedensvertrag und für ein einheitliches und demokratisches Deutschland gemacht. Wir haben damals sogar die Grenze offengehalten in der Hoffnung, daß es in der BRD genügend weitsichtige Politiker geben würde, die sich für eine realistische Politik gegenüber der DDR entscheiden. Die führenden politischen Kreise in der Bundesrepublik haben jedoch die offene Grenze zum skrupellosen Kampf gegen die DDR ausgenutzt. Gleichzeitig unternahmen sie alles, die Bundeswehr zur Offensivkraft gegen den Sozialismus auszubauen.

Wenn von „besonderen innerdeutschen Beziehungen“ und von „menschlichen Erleichterungen“ die Rede ist, dann werden bei uns ohnehin gewisse Erinnerungen an böse Erfahrungen wach. In den Jahren der offenen Grenze bis zum 13. August 1961 mußten wir die feindselige Einmischungspolitik der damaligen Bonner Regierung sehr teuer bezahlen.

Man hat die Bürger der DDR um mehr als 100 Milliarden Mark „erleichtert“. Um das ganze Ausmaß dieses Wirtschaftskrieges mit seinen ungeheuren Schädigungen sichtbar zu machen, möchte ich erwähnen, daß die genannte Summe fast so groß ist wie das Nationaleinkommen der DDR in den Jahren 1956 und 1957 zusammengenommen. Zur Erläuterung sei mir noch ein Vergleich gestattet: Die genannte Schadenssumme ist wesentlich höher, als die Ausgaben für die gesamten Investitionen in der DDR 1950 bis 1961 betragen.

Während man in Bonn von „armen Brüdern und Schwestern im Osten“ sprach, tat man alles, um sie wirklich arm zu machen. Wir nehmen an, die Regierung der Bundesrepublik bringt unserem Standpunkt Verständnis entgegen, daß die Bezahlung der Schulden gegenüber der DDR und die Regelung aller Wiedergutmachungsverpflichtungen unerlässlich sind.

Die DDR hat dank ihrer sozialistischen Planwirtschaft trotz aller Schädigungen einen beachtlichen Platz unter den Industriestaaten der Welt errungen. Unsere Republik und ihre Bürger könnten allerdings heute noch besser dastehen, wenn es solcherart „besondere innerdeutsche Beziehungen“, solcherart „menschliche Erleichterungen“ nicht gegeben hätte.

Die Sicherung unserer Staatsgrenze im Jahre 1961 war ein Akt der Menschlichkeit. Sie diente dem Lebensinteresse unserer Bevölkerung und der Erhaltung des Friedens in Europa. Unsere Bürger wissen aus eigener Erfahrung, daß wir den größten wirtschaftlichen Aufschwung erlebten, nachdem wir am 13. August 1961 dafür gesorgt hatten, daß keine fremden Finger mehr in unsere Tasche greifen können. In der DDR gibt es niemanden, der zulassen würde, solcherart „besondere innerdeutsche“ Zustände wieder herzustellen.

Im übrigen sind natürlich Beziehungen zwischen zwei bestimmten Staaten stets von besonderer Art im Vergleich zu deren Beziehungen zu anderen Staaten. So haben zum Beispiel die Beziehungen der Bundesrepublik zur Republik Österreich oder zur Schweiz ihre besonderen Eigenheiten und unterscheiden sich dadurch von den Beziehungen der Bundesrepublik beispielsweise zur Republik Frankreich. Das gilt für die Beziehungen zwischen allen Staaten.

Grundlage der Beziehungen zwischen souveränen und voneinander unabhängigen Staaten sind aber stets die allgemeingültigen Normen des Völkerrechts. Das hat volle Gültigkeit auch für die Beziehungen zwischen

den beiden unabhängigen und souveränen Staaten DDR und BRD.

Es ist müßig, die Verweigerung der völkerrechtlichen Beziehungen mit der Formel tarnen zu wollen, wir seien doch „alle Deutsche“. So simpel ist die Sache nicht. Seit Beginn des vorigen Jahrhunderts hat es stets Deutsche gegeben, die auf der Seite des Fortschritts, der Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes, und andere, die auf der Seite der Reaktion, auf der Seite des Kapitalismus standen. Heute existieren die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die monopolkapitalistische Bundesrepublik, zwei voneinander unabhängige Staaten. Ihre Bürger leben und arbeiten unter völlig gegensätzlichen Bedingungen. Die Bürger der DDR mehren mit ihrer Arbeit den eigenen Wohlstand und den der sozialistischen Gesellschaft. In der Bundesrepublik dagegen profitiert eine kleine Schicht von Millionären aus der Arbeit des werktätigen Volkes. Es sind die gleichen Monopolkreise, die an der Rüstung verdienen und mit ihrem expansiven Machtstreben den Frieden bedrohen. Es gibt also einen fundamentalen gesellschaftlichen Unterschied zwischen dem Volk in der DDR und dem Volk in der Bundesrepublik.

Wie die Geschichte zeigt, sind die eigensüchtigen Klasseninteressen der Großbourgeoisie stets als nationale Interessen ausgegeben worden.

Das war immer eine Entstellung der Wirklichkeit. Was der Großbourgeoisie von Nutzen war, erwies sich jedoch letztlich immer als schädlich und verhängnisvoll für das schaffende Volk. Die politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, die Interessen des Sozialismus stehen über allen vermeintlichen nationalen Gemeinsamkeiten.

Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben geäußert, daß es zwischen den gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen in der DDR und der BRD „keine Mischung, keinen faulen Kompromiß“ geben könne. In der Tat — die beiden souveränen Staaten DDR und BRD lassen sich nicht vereinigen, weil gegensätzliche Gesellschaftsordnungen nicht vereinigt werden können. Ich würde es begrüßen, wenn diese — wie es scheint — übereinstimmende Einschätzung auch Grundlage für eine realistische Politik, für eine Politik der Vernunft zur Herstellung gleichberechtigter völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD werden würde.

Natürlich — wer wollte das verschweigen — sind wir als Sozialisten am Sieg des Sozialismus in allen Ländern und auch in der Bundesrepublik interessiert, was eine spätere Vereinigung auf der Grundlage von Demokratie und Sozialismus möglich machen würde.

In unserer durch Volksentscheid von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung gebilligten Verfassung wird das ausdrücklich festgestellt. Aber selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um eine Frage von heute oder morgen. Diese Frage ist auch nicht Gegenstand der Verhandlungen über die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD als souveräne, voneinander unabhängige Staaten. Das ist Sache der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten in der Bundesrepublik. Angesichts der eindeutigen Sach- und Rechtslage, die sich aus dem Bestehen zweier voneinander unabhängiger und in ihrer Gesellschaftsordnung gegensätzlicher Staaten ergibt, kann es im Interesse der Sicherung des Friedens keinen anderen Weg geben als die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz auf der Basis des Völkerrechts.

In einer Rede im Ausland haben Sie, Herr Bundeskanzler, kürzlich davon gesprochen, daß es zu einem Modus vivendi zwischen unseren beiden Staaten kommen müsse. Ein Modus vivendi als völkerrechtlicher Begriff aber ist eine provisorische Vereinbarung, die davon ausgeht, daß die bestehenden Umstände — wir können auch sagen das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen sozialistischen und imperialistischen Staaten — weitergehende Ziele und Absichten nicht erreichbar machen.

Der sicher auch von Ihnen geschätzte Wilhelm Liebknecht deutete sogar einen Modus vivendi als eine vereinbarte Form für den Verkehr von Staaten, die einander nicht freundlich gesinnt sind. Offen gesprochen käme dabei nur eine andere Bezeichnung für die von Adenauer erfundene unfriedliche Koexistenz oder eine Art Interimslösung heraus, bei der man sich nur zeitweilig mit dem Bestehen des sozialistischen deutschen Staates abfindet, im übrigen die feindliche Politik gegen die DDR weiter betreibt, um bei Änderung der „Großwetterlage“ nicht anerkannte Grenzen überschreiten zu können. Das ist keine realistische Politik und

schon gar nicht eine Politik des Friedens. Das würde unweigerlich zur Verschärfung der Lage führen. Worum es aber geht, sind dauerhafte, verbindliche Regelungen über die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage des Völkerrechts.

Von seiten der DDR steht einem Verhältnis friedlicher Koexistenz nichts im Wege. Die DDR und die BRD sind gleichberechtigte Völkerrechtssubjekte. Wir haben nie die staatliche Existenz der Bundesrepublik als Völkerrechtssubjekt in Zweifel gezogen. Wir waren und sind zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge über die Regelung der Beziehungen bereit.

Anders jedoch die Regierung der Bundesrepublik. Sie stellt nach wie vor die unzumutbare Vorbedingung, daß wir auf die völkerrechtliche Anerkennung, also auf die volle Gleichberechtigung als souveräner Staat verzichten. Dabei war es die DDR, die die Grundbestimmungen des Potsdamer Abkommens konsequent erfüllt hat. Die Frage ist, ob Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, bereit ist, die bisherige destruktive Haltung gegenüber der DDR zu ändern. Von normalen Beziehungen kann man nicht sprechen, solange es die Praxis auch Ihrer Regierung ist, die DDR auf internationaler Ebene weiterhin zu diskriminieren und zu schädigen. Wie kann man ernsthaft von Gleichberechtigung reden, wenn der Außenminister Ihrer Regierung offizielle Dienstanweisungen herausgibt, um die Herstellung normaler Beziehungen anderer Staaten zur DDR, ja sogar die Errichtung von Handelsvertretungen zu verhindern? Wir haben genau verfolgt, mit welcher Vehemenz die Vertreter der Regierung der Bundesrepublik gegen jeden Schritt dritter Staaten zur Regelung ihrer Beziehungen mit der DDR vorgehen. Das betrifft auch die ständigen Versuche, die DDR von der gleichberechtigten Mitarbeit in internationalen Organisationen fernzuhalten.

Das geht sogar so weit, die Teilnahme der DDR in der Weltgesundheitsorganisation zu hintertreiben, die sich großen humanitären Anliegen widmet. Ebenso diskriminierend sind die Aktivitäten, die Ihre Regierung entfaltet, um selbst gegen die erklärten Bedenken und den Widerstand anderer NATO-Staaten das völkerrechtswidrige Amt in Westberlin, genannt Travel-Board, aufrechtzuerhalten. Das längst überholte Rudiment aus der Besatzungszeit diskriminiert in entwürdigender Weise DDR-Bürger und maßt sich Einmischungen in die Hoheitsrechte anderer Staaten an. Ich bin in der Lage, Ihnen umfangreiches beweiskräftiges Material zur Kenntnis zu geben, das die Politik fortgesetzter Diskriminierung der DDR und ihrer Bürger bis ins einzelne belegt.

Auch bei dieser Gelegenheit möchte ich an die Notwendigkeit erinnern, daß die verschiedenen Organe der Bundesrepublik ihren seit vielen Jahren anstehenden und ständig wachsenden finanziellen Verpflichtungen gegenüber der DDR nachkommen und ihre beträchtlichen Schulden endlich bezahlen.

Herr Bundeskanzler! Die fortgesetzte Anwendung des Alleinvertretungsanspruchs und der Hallstein-Doktrin steht völlig im Gegensatz zu der von Ihnen wiederholt erklärten Absicht, die DDR nicht länger diskriminieren zu wollen. Hier zeigt sich ein tiefer Widerspruch zwischen Wort und Tat. Ein geregeltes Nebeneinander ist auf solche Weise jedenfalls nicht denkbar. Der völkerrechtswidrige Alleinvertretungsanspruch samt der darauf fußenden Hallstein-Doktrin müssen endgültig und restlos aufgegeben werden. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die DDR und ihre Verbündeten Versuche der Regierung der BRD, die DDR an der Entwicklung ihrer internationalen Beziehungen zu hindern und weiterhin Druck auf dritte Staaten auszuüben, nicht unbeantwortet lassen werden.

Was jene Behauptung angeht, dritte Staaten würden durch die Normalisierung ihrer Beziehungen zur DDR das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD belasten, so ist das Gegenteil richtig. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen dritter Staaten zur DDR fördert auch die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD.

Seit 1969 haben bekanntlich weitere 8 Staaten in Asien und in Afrika diplomatische Beziehungen zur DDR hergestellt. Im gleichen Jahr hat auch zum ersten Male eine Regierung der Bundesrepublik erklärt, daß es zwei souveräne Staaten, die DDR und die BRD, gibt. Zwischen ihren Staatsoberhäuptern und Regierungschefs haben offizielle Kontakte in international üblichen Formen stattgefunden. Hier besteht zweifellos ein Zusammenhang, der in der ganzen Welt beachtet wird.

Falls Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, wirklich nach einer Normalisierung der Beziehungen zur DDR strebt, so müßte sie über jeden Schritt anderer Staaten erfreut sein, der in die gleiche Richtung zielt. Das schafft Ihnen doch Verbündete gegen jene Kreise, die Ihre Regierung in den Schützengräben des kalten Krieges festhalten möchten.

Und im übrigen, Herr Bundeskanzler: Sie sind doch Vorsitzender einer sozialdemokratischen Partei. Sie müßten es doch eigentlich begrüßen, daß in der DDR die Arbeiter und Bauern die politische Macht haben, daß alle staatlichen Organe von Faschisten gesäubert wurden und daß die Großbetriebe Volkseigentum sind.

Damit wurde in der DDR das erfüllt, was die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1891 hier im Erfurter Programm einmütig beschlossen hatte. Gerade deshalb wäre von Ihnen eine realistische Haltung gegenüber der DDR mit den notwendigen Konsequenzen zu erwarten.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ich habe Ihnen den Standpunkt des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vorgetragen. Ich habe Ihnen begründet, warum ein Vertrag über gleichberechtigte Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage zwischen unseren beiden Staaten notwendig ist. Wir halten den Zeitpunkt für gekommen, durch den Abschluß eines solchen Vertrages unter die vergangenen 20 Jahre einen Strich zu ziehen. Niemand kann uns die Regelung der Beziehungen zwischen unseren Staaten abnehmen. Lassen Sie uns einen Neubeginn versuchen. Das wird zweifellos nicht leicht sein.

Dazu sind guter Wille und die Bereitschaft zu echten Friedenschritten notwendig. Wir sind bereit, alles zu tun, was dem Frieden, der europäischen Sicherheit und gleichberechtigten Beziehungen zwischen der DDR und der BRD dient. Selbstverständlich kann es nach allen bitteren Erfahrungen der Geschichte keine Zugeständnisse gegenüber Bestrebungen geben, die auf die Aufrechterhaltung der Revanchepolitik gerichtet sind.

Von Seiten der DDR liegt ein Vertragsentwurf auf dem Tisch, der die Lösung der Hauptfrage — die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage des Völkerrechts — ermöglicht. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, diesen Vertrag mit der Regierung der BRD zu beraten und zum Abschluß zu bringen. Der Abschluß eines solchen Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter völkerrechtlicher Beziehungen würde eine neue Seite im Buch der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD aufschlagen.

Die Existenz eines solchen nach den allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts gestalteten Vertrages wäre eine große Erleichterung für die Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR und in allen Ländern Europas, weil damit ein Stück Frieden mehr, ein Stück Sicherheit erreicht wäre.

Wohlgermerkt ein Stück, denn mit der Aufnahme von normalen Beziehungen allein wären noch nicht die Gefahren gebannt, die aus der Tätigkeit und Machtfülle der Rüstungskonzerne, der Neonazis, der revanchistischen Verbände und aus der tagtäglichen Verbreitung von Revanchegedanken und Kreuzzugsdenken in der Bundesrepublik erwachsen. Aber es wäre ein erster praktischer Schritt in eine richtige Richtung getan, nach vielen hundert Schritten, die seit 25 Jahren, angefangen von der separaten Währungsreform und der separaten Bildung der Bundesrepublik über die Wiederaufrüstung und die Pariser Verträge bis zum Nato-Anschluß, in die falsche Richtung getan wurden.

Neben der Aufnahme gleichberechtigter diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Staaten enthält unser Vertragsentwurf den Vorschlag, einen Gewaltverzicht zwischen der DDR und der BRD zu vereinbaren. Dabei gehen wir selbstverständlich davon aus, daß ein Gewaltverzicht auf der gegenseitigen völkerrechtlichen Anerkennung der Vertragsstaaten und ihrer Grenzen beruht. Völkerrechtlich gültige Gewaltverzichtsabkommen können also nur zwischen Staaten abgeschlossen werden, die sich gegenseitig als das anerkennen, was sie sind, nämlich Völkerrechtssubjekte.

Ein Gewaltverzicht ohne diese elementare Voraussetzung wäre gegenstandslos, wäre eine hohle Nuß. Ich

betone, es geht nicht um eine unverbindliche bloße Respektierung, sondern um eine vorbehaltlose völkerrechtliche Anerkennung der Staatsgrenzen und der territorialen Integrität.

Der Vertragsentwurf der DDR enthält auch die bedeutungsvolle Bestimmung, daß die DDR und die BRD ohne Verzögerung ihre Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen beantragen. Niemand kann bestreiten, daß es sowohl im Interesse beider Staaten und ihrer Bürger als auch im Interesse der Universalität der Weltorganisation läge, wenn die DDR und die BRD mit ihren beachtlichen politischen, ökonomischen und kulturellen Potenzen gleichberechtigt am weltweiten Wirken der UNO teilnehmen und auch auf diese Weise einen Beitrag zur allseitigen friedlichen Zusammenarbeit der Völker leisten würden.

Der Vertragsentwurf der DDR sieht schließlich vor, daß beide Staaten auf Kernwaffen in jeder Form verzichten, auf ihrem Territorium keine chemischen und biologischen Waffen herstellen, stationieren oder lagern und daß sie sich verpflichten, dafür einzutreten, daß Verhandlungen über die Abrüstung durchgeführt werden. Die Regierung der DDR erneuert ihren Vorschlag, mit der BRD Schritte zur Abrüstung völkerrechtlich verbindlich zu vereinbaren. Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler, wäre es nicht eine der humansten Taten, die Menschen von der Furcht vor den schrecklichsten und gefährlichsten Waffen, von der Furcht vor Giften, Gasen und Bakterien zu befreien?

Unser Gespräch bietet die Möglichkeit, direkt über die entscheidenden Fragen der Friedenssicherung im Herzen Europas, die im Vertragsentwurf der DDR aufgeworfen und konstruktiv beantwortet sind, zu sprechen. Wenn die DDR und die BRD im Prozeß der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz normale völkerrechtliche Beziehungen zueinander aufnehmen, wenn jegliche feindselige Politik gegenüber der DDR aufgegeben wird, dann kann man sich auch anderen Fragen zuwenden. Die Lösung der Grundfragen einer friedlichen Koexistenz ist jedoch die Voraussetzung für alles andere.

Ich schlage Ihnen vor: Wir treten in die Beratung des von der DDR unterbreiteten Vertragsentwurfs ein. Das Ziel unserer Besprechungen sollte sein, uns darüber zu einigen, daß die DDR und die BRD gleichberechtigte völkerrechtliche Beziehungen zueinander aufnehmen.

In diesem Zusammenhang erachtet es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für notwendig, daß wir uns im weiteren Verlauf der Beratungen, ausgehend von dem Ihnen unterbreiteten Vertragsentwurf und auf seiner Grundlage, folgenden grundsätzlichen Fragen zuwenden:

1. Herstellung normaler gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage des Völkerrechts und frei von jedweder Diskriminierung. Die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Regierung der BRD in allen Formen
2. Nichteinmischung in die außenpolitischen Beziehungen des anderen Staates. Endgültiger, eindeutiger Verzicht auf die Hallstein-Doktrin
3. entsprechend Artikel 2, Abs. 4 der Charta der Vereinten Nationen, Gewaltverzicht zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland unter uneingeschränkter gegenseitiger Anerkennung ihrer Völkerrechtssubjektivität, ihrer territorialen Integrität und der Unantastbarkeit ihrer bestehenden Staatsgrenzen
4. Beantragung der Mitgliedschaft der DDR und der BRD in der Organisation der Vereinten Nationen
5. Verzicht, Kernwaffen zu erlangen oder in irgendeiner Form über diese zu verfügen. Verzicht auf die Produktion, Anwendung und Lagerung von B- und C-Waffen; Herabsetzung der Rüstungsausgaben um 50 Prozent
6. Erörterung der Fragen, die mit der notwendigen Beseitigung aller Überreste des zweiten Weltkrieges zusammenhängen
7. Begleichung aller Schulden der BRD gegenüber der DDR und Regelung der

Wiedergutmachungsverpflichtungen durch die BRD

Abschließend, Herr Bundeskanzler, möchte ich noch einmal die Entschlossenheit der Regierung der DDR bekräftigen, zu konstruktiven Lösungen zu kommen.

Ich gehe davon aus, daß es angesichts der Bedeutung und Kompliziertheit der Sache notwendig ist, wenn auch für eventuelle weitere Beratungen die Regierungschefs selbst zusammentreffen. Für diesen Fall erkläre ich meine Bereitschaft, zu einem weiteren Gespräch mit Ihnen in einem grenznahen Ort der BRD zusammenzukommen.

Ich bin überzeugt: Wenn die Regierung der Bundesrepublik nach vorn blickt, Mut und Entschlossenheit zeigt, dann können Voraussetzungen für eine Regelung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit geschaffen werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!